

PRO

Aktuell

Schweiz
Suisse
Svizzera
Svizra

Nr. 3 | APRIL 2024

weniger EU mehr Schweiz

«Alpenschutz statt Schmutz»



weniger EU mehr Schweiz

«Qualität statt Masse»



weniger EU mehr Schweiz

«Swiss Power statt Stromchaos»



weniger EU mehr Schweiz

«Schweizer Recht statt fremde Richter»



weniger EU mehr Schweiz

«Finden statt Suchen»



weniger EU mehr Schweiz

«CH-Bargeld statt faule EU-Kredite»



weniger EU mehr Schweiz

«EU-Kriminelle ausschaffen statt verhätscheln»



weniger EU mehr Schweiz

«Milliarden für die AHV statt für EU-Tributzahlungen»



weniger EU mehr Schweiz

«CH-Arbeitslosengeld für uns statt für EU-Grenzgänger»



weniger EU mehr Schweiz

«Bundeshaus statt EU-Filiale»



weniger EU mehr Schweiz



Brüssel diktiert –
Bundesbern kapituliert
Seite 3



Missachtung des
Volkswillens
Seite 6



Nein zum WHO-
Pandemiepakt
Seite 9



Das Wort des Präsidenten

Liebe Mitglieder, Gönner und Sympathisanten

Am 18. März 2024 ist Bundespräsidentin Viola Amherd nach Brüssel geflogen. Allein diese Reise zeigt, dass die Verhandlungen mit der EU nicht auf Augenhöhe erfolgen. 1. Warum muss die Schweiz in der EU-Hauptstadt ankriechen? Warum kommt die EU-Kommissionspräsidentin nicht nach Bern! 2. Bereits das veröffentlichte «Common understanding», die gemeinsame Verständigung über die Verhandlungsziele, nimmt vorweg, was auf unsere Gesetzgebung, Gerichtsbarkeit und direkte Demokratie zukommt. Der Bundesrat nimmt mit dem «Common understanding» de facto das Ergebnis der Verhandlungen vorweg. Und 3. hat die EU am Tag des Besuches von Bundesrätin Amherd der Schweiz wieder erlaubt, direkt Fördergelder aus dem Horizon-Forschungsprogramm zu beantragen. Aber wenn Ende Jahr kein Verhandlungsergebnis vorliegt, sei wieder Schluss. Nur mit Untertanen, Schwachen, Verunsicherten und – pardon – Idioten geht man so um, bzw. mit Menschen, die sich so eine Behandlung gefallen lassen! Seit dem mutigen Entscheid von 1992, dem Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) nicht beizutreten, ist Bundesbern im «Schongang mit Weichspüler» unterwegs. Das Resultat sind Schikanen, Drohungen, Erpressungen der EU-Machtzentrale. Statt endlich klarzustellen, dass unsere Souveränität nicht verhandelbar ist, und statt mit Weitsicht Optionen zur EU-Anbindung vorzubereiten, vollführt man Hofknickse aus. Das «Alles-auf-die-EU-Kartensetzen» widerspricht unserer Weltoffenheit, der geopolitischen Realität und dem «Gouverner-c'est-prévoir».

fort 30-50 Mrd. Franken zur Wiederherstellung einer glaubwürdigen Armee bereitzustellen.

Energie

Wer über die Souveränität und die Unabhängigkeit der Schweiz spricht, muss die Energie- beziehungsweise Stromversorgung auf die Tagesordnung setzen. Pro Schweiz hat mit einer ersten Studie für Aufsehen gesorgt (siehe Beitrag auf www.proschweiz.ch). Wir setzen uns für eine möglichst hohe Energie-Autarkie ohne zu einseitige und damit gefährliche Abhängigkeit von der EU.

WHO

Das geplante WHO-Pandemieabkommen und die Aktualisierung der Internationalen Gesundheitsvorschriften (IHR) sind eine Bedrohung für die Souveränität und für die persönliche Freiheit der Bürgerinnen und Bürger. Das Management der COVID-Pandemie durch WHO und unsere Behörden war dilettantisch. Deshalb wollen das Parlament und wir, der Souverän, mitreden und mitbestimmen. Unterstützen Sie tatkräftig unsere Petition «WHO-Pandemieabkommen – Nein danke!». **Ich danke Ihnen allen für den Effort und die Unterstützung von Pro Schweiz. Ich freue mich, Sie am Samstag, 25. Mai 2024, 10.30 Uhr, in der Kaserne Bern zur 2. ordentlichen Mitgliederversammlung zu begrüßen. Wir werden dafür sorgen, dass ein Ruck durch unser Land geht, ein regelrechter Weckruf – lassen Sie sich überraschen.**

Ihr Dr.med. Stephan Rietiker

Präsident Pro Schweiz

Neutralität und NATO

Die eidgenössische Volksinitiative zur Wahrung der schweizerischen Neutralität ist zustande gekommen. Pro Schweiz hat wesentlich zum Erfolg beigetragen. Die Initiative wird die Diskussion über die aussenpolitische Ausrichtung der Schweiz erzwingen. Dazu gehört auch, den vom Departement Amherd eingeschlagenen NATO-Kurs zu stoppen und so-

ISSN 2234-9723

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 20. März 2024

Redaktion Pro Schweiz
Postfach
3822 Lauterbrunnen
Tel. 031 356 27 27
redaktion@proschweiz.ch

LEGATE

In einem Testament bestimmen Sie über Ihren Tod hinaus, was mit Ihrem Sparguthaben, Ihren Wertschriften und Liegenschaften geschehen soll. Wenn Sie Pro Schweiz berücksichtigen, unterstützen Sie unsere Arbeit zum Erhalt der freien und neutralen Schweiz.

Herzlichen Dank.

Bundesrat verabschiedet EU-Verhandlungsmandat:

«Brüssel diktiert – Bundesbern kapituliert»

Pro Schweiz nimmt mit grosser Sorge zur Kenntnis, dass der Bundesrat am 8. März 2024 das Verhandlungsmandat mit der Europäischen Union verabschiedet hat.

Pro Schweiz stellt fest, dass das Mandat auf den im Vorfeld mit der EU-Kommission abgesprochenen, unannehmbaren Eckwerten des sogenannten «Common understanding» basiert. Das heisst, der Bundesrat will die Schweiz von der EU einpacken lassen. Die EU entscheidet, die EU befiehlt, die EU richtet und die Schweiz zahlt.

Nach dem Abbruch der Verhandlungen über ein institutionelles Abkommen (InstA; «Rahmenabkommen») war die Hoffnung gross, der Bundesrat habe die Weitsicht und den Mut, die EU-Politik neu auszurichten. Statt die schweizerische Position mit einer standhaften Haltung bei der Souveränität und Demokratie zu stärken, akzeptiert er wiederum wie beim Rahmenabkommen die institutionellen Forderungen der EU. Pro Schweiz wird mit aller Kraft gegen diese Unterwerfung antreten.

Pro Schweiz hat das sogenannte «Common understanding» analysiert. Das «Common understanding» macht klar, dass die EU an ihren Forderungen unverändert festhält. Sie zwingt die Schweiz, ihre Gesetzgebung und damit auch das Referendumsrecht des Schweizer Souveräns (Volk und Stände) sowie die eidgenössische Gerichtsbarkeit in wesentlichen Bereichen des Schweizer Alltages an die EU abzutreten.

Die Schweiz verliert ihre eigenständige Gesetzgebung und Gerichtsbarkeit

Neues Binnenmarktrecht der EU soll automatisch in Schweizer Gesetze übernommen werden. Die offizielle Bezeichnung «dynamische Rechtsübernahme» ist taktische Augenwischerei und Irreführung des Stimmbolkes. Die EU räumt der Schweiz zwar ein, innerhalb bestimmter Fristen eine Referendumsabstimmung über die Übernahme von EU-Recht durchzuführen. Bei einem Nein aber, also bei einer Nichtübernahme, kommt ein Streitbeilegungs-Prozess in Gang, an dessen Ende so oder so der EU-Gerichtshof (EuGH) entscheidet und



Strafmassnahmen («ausgleichende Massnahmen») gegen die Schweiz ausgelöst werden können. Damit ist klar, wer die Gesetzgebung in der Schweiz zukünftig bestimmen wird. Da alle bisherigen und neuen Abkommen, die nach EU-Redensart einen privilegierten Zutritt zum EU-Binnenmarkt ermöglichen, diesem Regime unterworfen sind, wird rasch klar, dass faktisch alle wichtigen Lebensbereiche der Schweizerinnen und Schweizer sowie des Wirtschafts-, Finanz- und Forschungsstandortes Schweiz von EU-Recht geregelt würden. Neu sollen die Stromproduktion/-versorgung, der Arbeitsmarkt, die Gesundheit, die Nahrungsmittelproduktion, der öffentliche Verkehr und der Föderalismus (unter anderem

die Förderung von Regionen und Beteiligung der Kantone an Infrastrukturen) EU-Recht unterstellt werden. Der Bundesrat spricht dabei irreführend von den «Bilateralen III». Dieser Unterwerfungsvertrag hat nichts mit «bilateral» zu tun.

Zerstörerischer Ausbau der Personenfreizügigkeit

Die EU fordert von der Schweiz, die Personenfreizügigkeit mit der Unionsbürgerrichtlinie (UBRL) auszubauen. Das hat zur Folge, dass EU-Personen Schweizer Bürgerinnen und Bürgern gleichgestellt werden – unter anderem bei den Sozialversicherungen. Mit den EU-Erweiterungsprojekten (Ost-Europa, Balkan, Ukraine) und der ungebremsten Zuwanderung (2023 gegen 65'000 Netto-EU-Zuwanderung in die ständige Wohnbevölkerung) werden der Wohlstand, der Arbeitsmarkt und die Sozialversicherungen ruiniert. Das Land wird zugebaut, die Mieten steigen, der Verkehr auf Strasse und Schiene sowie das Gesundheitssystem kollabiert. Würde die Schweiz die UBRL nicht übernehmen, wird der EU-Gerichtshof die Einführung gegen den Schweizer Willen verfügen.

Tributzahlen ohne Gegenleistung

Völlig unverständlich aus Sicht der souveränen Schweiz und einer geschickten Verhandlungstaktik hat der Bundesrat bereits im Vorfeld des verabschiedeten Verhandlungsmandats der EU-Kommission zugesagt, dass die Schweiz bereits ab 2024 regelmässige Netto-Zahlungen an die EU leisten wird, wohlweislich ohne jegliche Gegenleistung der EU. Die Schweiz ist weder Mitglied der EU noch ihres Binnenmarktes. Die Schweiz kauft der EU mehr Waren ab als die EU der Schweiz und trotzdem soll sie noch Milliarden zahlen. Das ist absurd.

Pro Schweiz wird sich mit aller Kraft – zusammen mit Verbündeten – gegen die Abtretung des Stimmrechts und der direktdemokratischen Volksrechte zur Wehr setzen. Ebenso kommt die Unterstellung der Schweizer Gesetzgebung und Gerichtsbarkeit unter das Gericht der Europäischen Union niemals in Frage. Das EU-Gericht ist erstens kein europäisches Gericht und zweitens das Gericht der Gegenpartei.

Pro Schweiz verlangt vom Bundesrat, die Verhandlungen im Interesse der Schweiz, ihrer Bürgerinnen und Bürger und ihrer Volkswirtschaft zu führen. Der Bundesrat muss auf «Tarnkappen-Begriffe» wie «Bilaterale III» verzichten und dem Volk reinen Wein einschenken. Bundesbern weiss genau, wo die roten Linien liegen. Deshalb wird von den Verhandlungsverantwortlichen Standhaftigkeit erwartet. Sollte die EU-Kommission ihre Machtspiele weiterführen, müssen die Verhand-

lungen frühzeitig abgebrochen und andere Optionen gezielt verfolgt werden.

Pro Schweiz wird die Öffentlichkeit über die irreführende Berichterstattung aus dem Bundeshaus, der Medien und EU-Turbo-Denkfabriken aufklären.

Wir lassen uns von der EU weder anbinden noch einpacken.



Warum muss die Schweiz zahlen?



Die EU verlangt, die Schweiz müsse jährlich Milliardenzahlungen leisten, quasi als Eintrittspreis für den EU-Binnenmarkt. Warum?

Die EU profitiert von der Schweiz unverhältnismässig. **Gegen 400'000 EU-Grenzgänger leben mit einem guten Schweizer-Lohn im EU-Raum. Über 1.6 Mio. EU-Bürger leben in der Schweiz.**

Daten zur wirtschaftlichen Verflechtung Schweiz-EU:

Vorwurf der «Rosenpickerei» und des «Protektionismus» trifft nicht zu

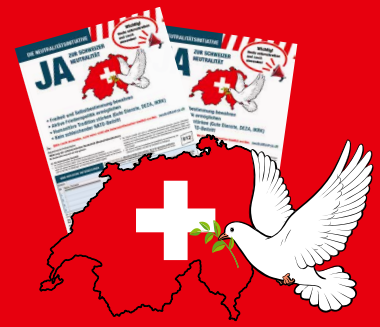


Schweiz importiert mehr aus der EU als sie exportiert Leistungsbilanz Schweiz-EU (1. Halbjahr 2022, in Mio Fr.)

	Export	Import	Saldo
Waren	69382	78924	-9542
Dienstleistungen	26252	30445	-4193

Weitere Leistungen der Schweiz:

- Alpentransversalen «Gotthard und Lötschberg».
- Es erbringen viel mehr EU-Firmen ihre Dienstleistungen in der Schweiz als umgekehrt: Nettoertrag der EU-Firmen: ca. 2 Milliarden Franken pro Jahr!
- Über 390'000 EU-Grenzgänger haben einen Job in der Schweiz.
- Über 1.6 Millionen EU-Bürger leben ständig in der Schweiz.
- CH-Investitionen in die der EU: 614 Milliarden Franken (2022). Die Schweiz ist nach den USA und dem UK die drittgrösste Investorin in der EU.



Neutralitätsinitiative
an die Bundeskanzlei
übergeben!

Am 11. April 2024 wird die eidgenössische Volksinitiative «Wahrung der schweizerischen Neutralität (Neutralitätsinitiative)» rund einen Monat vor Ablauf der Einreichungsfrist der Bundeskanzlei übergeben.

Das Initiativkomitee und Pro Schweiz haben zusammen mit vielen Verbündeten gegen massiven Widerstand der meisten Medien und vieler Polit-Kreise auf der Strasse Überzeugungsarbeit geleistet:

- Die schweizerische Neutralität ist immerwährend und bewaffnet.
- Die Schweiz tritt keinem Militärbündnis bei, auch nicht schleichend der NATO.
- Die Schweiz beteiligt sich nicht an militärischen Konflikten zwischen Drittstaaten und beteiligt sich auch nicht an nichtmilitärischen Zwangsmassnahmen.
- Die neutrale Schweiz dient der Verhinderung und Lösung von Konflikten. Sie steht als glaubwürdige Vermittlerin zur Verfügung.

Wir danken allen, die tatkräftig dazu beigetragen haben, die Unterschriften zusammenzutragen. Jetzt wird es um die Vorbereitung der Abstimmungskampagne gehen, damit der verwahrloste neutralitätspolitische Kurs in Bundesbern korrigiert werden kann.



Dr. Christoph Blocher
alt Bundesrat

Missachtung des Volkswillens:

Zweites Hongkong

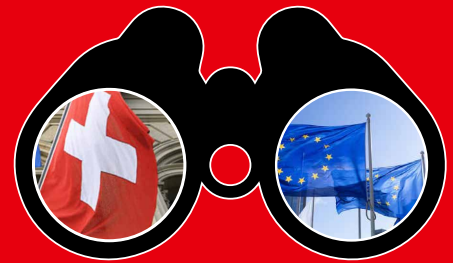
Vor zehn Jahren haben Volk und Stände die Masseneinwanderungsinitiative angenommen. Seither steht in der Verfassung: «Die Schweiz steuert die Zuwanderung von Ausländerinnen und Ausländern eigenständig.» Und zwar mit «jährlichen Höchstzahlen und Kontingenten» unter «Berücksichtigung eines Vorrangs für Schweizerinnen und Schweizer». Die auf Verfassung und Gesetze vereidigten National- und Ständeräte taten das Gegenteil.

Gemäss den Zahlen des Staatssekretariats für Migration sind 2023 181'533 Ausländer zugewandert und 75'291 ausgewandert. Dies ergibt eine Netto-Zuwanderung von 106'262 Personen. Da man in Bern aber auf dem Papier die Zahl 100'000 keinesfalls überschreiten wollte, hat die Verwaltung aufgrund seltsamer Kategorien dies auf netto 98'851 Zuwanderer herunterkorrigiert. Das bedeutet aber immer noch eine Netto-Zuwanderung von beinahe einer Stadt wie Winterthur – in einem einzigen Jahr! Jetzt will der Bundesrat mit der EU Verträge abschliessen, wonach die Schweiz Gesetze von Brüssel übernehmen muss; so auch in Bezug auf die Zuwanderung. Damit können die Bürgerinnen und Bürger über ihr Geschick nicht mehr selber bestimmen. Die EU wird dann entscheiden! Jetzt kommen Professoren und Spezialisten des Europarechts und bestreiten, dass es sich um einen Kolonialvertrag handelt.

Von einem Kolonialvertrag spricht man dann, wenn ein Land oder eine Gemeinschaft von Ländern über ein anderes Land bestimmen. So beherrscht heute beispielsweise China Hongkong, das praktisch chinesisch geworden ist. Würde das neue institutionelle Abkommen angenommen, würde die Schweiz von der EU beherrscht. Für die Schweiz wäre aber der koloniale Charakter eines solchen Abkommens noch viel einschneidender, denn wir kennen im Gegensatz zu Hongkong noch die Volksabstimmungen.



«Jetzt will der Bundesrat mit der EU Verträge abschliessen, wonach die Schweiz Gesetze von Brüssel übernehmen muss; so auch in Bezug auf die Zuwanderung.»

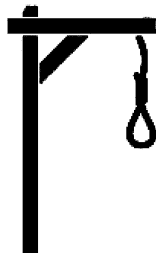


«Hieb und stichfest argumentiert!»

Nein zum EU-Rahmenabkommen 2.0, weil...



ich mein Stimmrecht nicht an die EU abtrete!



ich meine Freiheit nicht von fremden Richtern überwachen lasse!



ich mein Geld nicht für EU-Milliardenzahlungen verdiene!



ich meinen Wohlstand nicht von der grenzenlosen EU-Zuwanderung plattwalzen lasse!

Lieber im Ausland Präsidentin spielen als ...

Frau Bundespräsidentin Viola Amherd ist kurz vor dem Redaktionsschluss nach Brüssel gereist. Sie überbringt der EU-Zentrale persönlich das Verhandlungsmandat des Bundesrates. Ein Unding. Es handelt sich um keinen historischen beziehungsweise entscheidenden Akt für die Schweiz. Amherd symbolisiert mit ihrer Aufwartung erneut die Unterwürfigkeit der Schweizer Regierung. Zudem täte Frau Amherd gut daran, endlich ihr Department in den Griff zu bekommen: Armee! Nachrichtendienst! Rüstungskonzern Ruag!

Es ist eine richtige Unsitte geworden, dass die Bundespräsidentin oder der Bundespräsident glauben, sie müssten im Amtsjahr möglichst viel im Ausland herumreisen.



Viola Amherd und Ursula von der Leyen beim Start der neuen Verhandlungen zwischen Bern und Brüssel: Die Kommissionschefin drückt aufs Tempo und möchte noch in diesem Jahr abschliessen.



Nicolas Szita,
Vorstandsmitglied
Pro Schweiz, London

Die Kraft der immerwährenden schweizerischen Neutralität

Die eidgenössische Volksinitiative «Wahrung der schweizerischen Neutralität (Neutralitätsinitiative)» wird der Bundeskanzlei übergeben.

Ein guter Moment, sich wieder in Erinnerung zu rufen, dass eine echte schweizerische Neutralität nicht nur Garant für den Frieden in der Schweiz selbst ist, sondern auch den Frieden in der Welt unterstützen kann. So steht es auch im Initiativtext unter Ziffer 4 («Die Schweiz nutzt ihre immerwährende Neutralität für die Verhinderung und Lösung von Konflikten und steht als Vermittlerin zur Verfügung.»). Mir persönlich ist diesbezüglich die Rolle der Schweiz beim Ende des Kalten Krieges stark in Erinnerung geblieben.

Nachdem die Sowjets sechs Jahre lang von Abrüstungsverhandlungen nichts wissen wollten, fand 1985 zwischen den verfeindeten Nationen der USA und der UdSSR auf höchster Ebene ein Gipfeltreffen statt: Reagan und Gorbatschow trafen sich in der Schweiz. Der Ort der Gespräche war die Villa Fleur d'Eau in Versoix (Kanton Genf) und die Schweizer Armee sorgte damals, diskret und subsidiär im Hintergrund, für eine sichere und friedlich-kongeniële Atmosphäre. Es war das konsequente Neutralitätsimage der Schweiz, welches dazu verhalf, die beiden verfeindeten Parteien an einen Tisch zu bringen. Denn, wohl bemerkt, dieses allererste Gespräch fand nicht in London oder Paris statt, auch nicht in Warschau oder Prag, geschweige denn in Washington oder Moskau. Die Wahl des Ortes war und ist geradezu bezeichnend und symbolisch: In der Nähe von Genf, welches einen Sitz der UNO beherbergt, also eine internationale Stadt in einem neutralen Land. Doch man entschied sich für einen Standort ausserhalb der UNO, um einen Platz zu haben, welcher hinsichtlich der Neutralität über jeden Zweifel erhaben ist. Einen Platz, wie ihn nur die Schweiz bieten konnte.

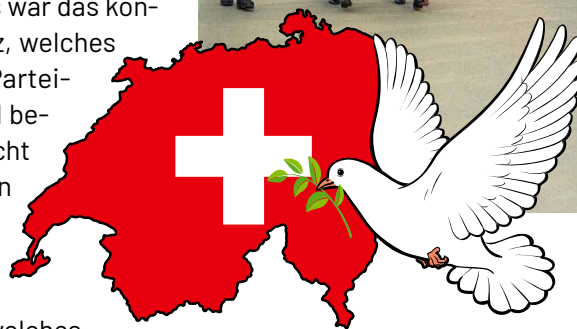
Der Dialog zwischen Ost und West, welcher im Kalten Krieg abgebrochen war, wurde in der neutralen Schweiz wieder aufgenommen. Es war dies der Anfang vom Ende des Kalten Krieges, und somit der Entspannung zwi-

schen Ost und West. Einen solchen friedensstiftenden Platz darf man nie aufgeben.

Vor kurzem sprach Bundesrat Ignazio Cassis in seiner Rede vor der UNO von einem realistischen Weg zum Frieden in der Ukraine. Von einer hochrangigen Konferenz für den Frieden in der Ukraine war die Rede, welche noch bis zum Sommer stattfinden soll (23. Februar 2024, nau.ch). Eine solche Konferenz müsste aber nicht zwingend in der Schweiz stattfinden; die Antarktis wäre dafür genauso gut geeignet. Auch die Antarktis ist schliesslich auf eine Art neutral..., und die Chinesen und alle anderen Grossmächte sind ja auch schon anwesend!



Reagan und Gorbatschow
in Genf - Gipfeltreffen von
1985: Die grosse Stunde des
Bundesrat Kurt Furgler



Vielleicht ist es daher nicht ganz überras-

chend, dass Bundesrat Cassis (23. Februar 2024, nau.ch) die Hoffnungen der Ukraine auf einen Friedensgipfel letztlich abgedämpft hat (oder gar hat abdämpfen müssen?): Zwar wäre die Schweiz für einen echten Friedensgipfel durchaus prädestiniert; einen solchen gab es ja, wie schon erwähnt, bereits einmal. Mit der UNO (oder der Antarktis...) hatte dieser Friedensgipfel allerdings nur am Rande etwas zu tun, mit der Kraft der schweizerischen immerwährenden Neutralität hingegen enorm viel.

öffentlichen Gesundheit sicherzustellen. Dafür sollen neue Behörden geschaffen werden. Die Zulassung neuer Medikamente soll beschleunigt werden. Die Behörden sollen für die Akzeptanz von Impfstoffen werben und für Impfschäden finanzielle Entschädigungen bereitstellen. Sodann sollen sie auf die öffentliche Kommunikation Einfluss nehmen, kritische Stimmen entkräften sowie «falsche und irreführende Informationen oder Desinformation» bekämpfen.

Ist der Pandemiepakt vereinbar mit unserer Verfassung?

Nein. Die Schweiz funktioniert völlig anders als andere Länder. In der Gesundheitspolitik liegen viele Kompetenzen bei Kantonen und Gemeinden. Diese hätten künftig nicht mehr viel zu sagen. Spannungen sind vorprogrammiert. Ein Pandemiepakt würde die direkte Demokratie einschränken. Die Schweiz würde von Entscheiden der WHO abhängig, die wir nicht direkt beeinflussen können.

Macht eine internationale Koordination keinen Sinn?

Koordination auf internationaler Ebene ist wichtig. Diese gibt es aber heute schon. Die Schweiz ist Gründungsmitglied der WHO und beherbergt deren Sitz in Genf. Die WHO zählt heute über 7'000 Mitarbeiter. Doch zwischen Informationsaustausch und der direkten Einmischung in die Politik ist ein grosser Unterschied. Übergeordnete WHO-Regeln sind aus demokratischer Sicht abzulehnen.

Wir brauchen keine Bevormundung unseres Staates durch eine nicht gewählte und damit nicht legitimierte nicht-staatliche Organisation.



«Dass die WHO mehr politischen Einfluss sucht, beunruhigt mich. Das Schweizer Gesundheitswesen funktioniert hervorragend – auf kommunaler, kantonaler und eidgenössischer Ebene. Wir brauchen keine neuen internationalen Vorschriften, welche uns Handlungsspielraum nehmen und unsere Demokratie unterlaufen.»

*Dr. med. Stephan Rietiker
Präsident Pro Schweiz*

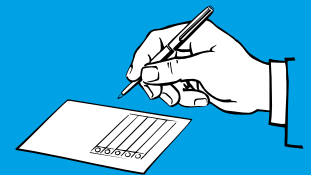


Jetzt handeln! Petition unterschreiben!

Unterschreiben Sie unbedingt und rasch die Petition von Pro Schweiz! Diesem Versand liegt der Petitionsbogen und ein Informations-Flyer bei.

Es können alle Personen unterschreiben unabhängig von Alter und Nationalität. Danke.

www.pandemiepakt.ch
Bögen und Flyer kostenlos
bestellen: Tel. 031 356 27 27
Pro Schweiz, Postfach
3822 Lauterbrunnen



hole dir online den
Unterschriftenbogen

WHO-Diktat



Man wird uns die schweizerische Perspektive wegnehmen!



Stephanie Gartenmann

B law,
Präsidentin ESiP.info,
Generalsekretärin JSVP
Schweiz, Matten b. Interlaken

Unser Zusammenleben und Wirken beruhen auf Recht. Das beginnt für uns Schweizerinnen und Schweiz so richtig im Bundesbrief von 1291. Mit den neuen EU-Verhandlungen wird uns der Bundesrat an Brüssel «wegrechten». EU-Recht hebt zunehmend unsere Gesetzgebung aus. Das betrifft: den Föderalismus, die Sozialversicherungen, die Subventionen, die Steuern, die Zuwanderung, die Löhne, den Umwelt- und Tierschutz, den Verkehr, die Ausbildung und Forschung, die Energie. Und wir wissen heute nicht, was alles noch kommt – die Katze im Sack droht. Die Verhandlungen über das Rahmenabkommen 2.0 werden uns die Entsongsmarke für unsere Souveränität bringen. Entscheidende Elemente unserer Souveränität wurden bereits vor den eigentlichen Verhandlungen von Bundesbern und EU-Brüssel von der Traktandenliste gestrichen. Das Verhandlungsmandat und das Common understanding sprechen zwar nicht von einer «automatischen», aber von einer «dynamischen» Übernahme von EU-Recht. Tönt gut. Bei neuen EU-Gesetzen dürften wir sogar mitdiskutieren, mitentscheiden aber nicht. Neues EU-Recht müsste umgehend in die schweizerische Gesetzgebung einfließen. Die EU gewährt uns etwas Zeit, damit noch schnell ein Placebo-Referendum über neues EU-Recht durchgeführt werden könnte. Wenn wir aber an der Urne nein zu neuem EU-Recht sagen, dann kommen Strafen, die Guillotine.



Sprechen wir endlich vom EU-Gerichtshof!

Der Gerichtshof der EU (EuGH) ist das Rechtsprechungsorgan der EU. Er ist kein europäisches Gericht. Es ist irreführend, vom Europäischen Gerichtshof zu sprechen. Auf der Internetseite des EuGH steht nirgends «Europäischer Gerichtshof». (<https://curia.europa.eu>) Der Auftrag der EU-Richter in Luxemburg ist die einheitliche Auslegung und Anwendung des EU-Rechts zu garantieren. Der EuGH setzt den Vorrang des

EU-Rechts vor dem nationalen Recht durch. Er ist somit der Motor der Harmonisierung und des Zentralismus in der EU. Für uns als Nicht-EU-Mitglied heisst das: «Fremde Richter» bestimmen unsere direkte Demokratie. Der EuGH ist das Gericht der Gegenpartei und kann die Interessen der Schweiz und von uns Bürgerinnen und Bürgern nicht verteidigen. Das EU-nahe Bundesbern behauptet, das neue Abkommen bringe mehr Rechtssicherheit. Aber für wen? Wenn die EU via ihr Gericht alles bestimmt, dann verlieren wir an Rechtssicherheit. Und die Schweizer Jugend die entscheidende Zukunftsperspektive.

Subventionen
Föderalismus
Ausbildung
Forschung
Energie
Souveränität
Schweizerrecht
Sozialversicherungen
schweizerische Perspektive
Bundesbrief
Tierschutz
Zukunft

Machen Sie mit:

Kurze, prägnante Stellungnahmen gesucht!

Senden Sie uns Ihre
Meinung zum Thema
**EU, Neutralität,
WHO**

redaktion@proschweiz.ch.

Wichtig: Max. 500 Zeichen bzw. 100 Wörter mit vollständigem Absender (Anonyme Beiträge veröffentlichen wir nicht).

Mit dem Einsenden erklären Sie sich einverstanden, dass Ihr Text unter ihrem Namen bei Pro Schweiz veröffentlicht wird (Aktuell, Internet, Social Media ...).

Agenda



Samstag, 25. Mai 2024, 10.30 Uhr,
Kaserne Bern: 2. Ordentliche Mitgliederversammlung Pro Schweiz.
Einladung folgt.



Mitgliederwerbung

Pro Schweiz muss als überparteiliche Bewegung noch stärker werden! Wir benötigen neue Mitglieder! Unterstützen Sie die Mitgliederwerbung. Im Gespräch stellt man immer wieder fest: «Wir sind ja gleicher Meinung! Also auf zu Pro Schweiz!»
Auf www.proschweiz.ch kann man sich unkompliziert als Mitglied eintragen. Gerne stellen wir Ihnen für die Mitgliederwerbung unseren neuen Präsentationsflyer und das Programm von Pro Schweiz zu.

info@proschweiz.ch, Telefon 031 356 27 27,
Pro Schweiz, Postfach, 3822 Lauterbrunnen



Jetzt Mitglied
werden!



Folgen Sie uns auf www.proschweiz.ch

Bitte teilen Sie uns auf info@proschweiz.ch Ihre E-Mail-Adresse mit. Damit können wir Sie auf dem Laufenden halten. Wir halten uns strikt an die Datenschutzvorgaben und geben die Adressen nicht an Dritte weiter.

Mitmachen!
 liken, teilen, gefällt mir,
 abonnieren!



PRO Schweiz
Suisse
Svizzera
Svizra

Postfach, 3822 Lauterbrunnen
Tel. 031 356 27 27, info@proschweiz.ch
www.proschweiz.ch

